

VEREINIGUNG DER VERWALTUNGSRICHTER RHEINLAND- PFALZ – VVR –

RUNDSCHREIBEN

Rdschr. Nr. 4/07 vom 17. Dezember 2007

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder,

schon neigt sich das Jahr 2007 dem Ende zu. Es wird Zeit, auf die Aktivitäten der VVR im letzten Vierteljahr zurückzublicken.

- I. Unsere **Mitgliederversammlung am 31. Oktober 2007 in Trier** ist auf eine sehr positive Resonanz gestoßen. Im Tagungszentrum der IHK Trier konnten wir als Gäste u. a. den Justizminister des Landes Rheinland-Pfalz, Herrn Staatsminister Dr. Heinz Georg Bamberger, den Oberbürgermeister der Stadt Trier, Herrn Klaus Jensen, den Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes - Landesverband Rheinland-Pfalz -, Herrn DirAG Thomas Edinger, sowie Gäste aus der saarländischen Verwaltungsgerichtsbarkeit begrüßen, vor allem aber den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Herrn Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, als Gastredner. Sein Vortrag zum Thema „Staatliche Justizgewähr“ war ohne Zweifel ein ganz besonderes Ereignis in der Geschichte unseres Verbandes. Alle, die nicht dabei sein konnten oder den Vortrag noch einmal nachlesen möchten, seien darauf hingewiesen, dass der Vortragstext inzwischen – mit freundlicher Erlaubnis von Herrn Prof. Dr. Papier – in unsere Homepage (www.vvr-rp.de) unter „Dokumentation“ eingestellt wurde. Wer keinen Internetzugang hat, kann auch gern eine Kopie des Vortragstextes erhalten.

Im vereinigungsinternen Teil der Mitgliederversammlung stand die Haushaltslage unseres Verbandes im Mittelpunkt. Unser Kassenwart, Herr ROVG Alexander Wolff, informierte uns umfassend über die aktuelle Situation. Dank seiner umsichtigen Kassenführung verfügt die VVR nach wie vor über eine Rücklage, die jedoch in den letzten Jahren immer mehr reduziert werden musste. Stagnierende Mitgliederzahlen, ein steigender Anteil von Mitgliedern mit reduzierten Beiträgen und ständig steigende Kosten gaben Anlass, über den künftigen Zuschnitt von VVR-Veranstaltungen nachzudenken und auch eine Erhöhung des Jahresbeitrags in Erwägung zu ziehen. In der sehr sachlich geführten Diskussion über dieses Thema zeichnete sich als Meinungsbild ein klares Votum für eine moderate Beitragserhöhung im kommenden Jahr ab. Ebenso einhellig wurde eine Beibehaltung des bisherigen Standards der jährlichen Mitgliederversammlung befürwortet, wobei das Hauptaugenmerk auf die Wahl preisgünstigerer Veranstaltungsorte gelegt werden soll.

Hierzu wurden in der Diskussion zahlreiche Anregungen gegeben, die der Vorstand bei der Organisation der nächsten Mitgliederversammlung in Koblenz gern aufgreifen wird. Die weiteren Einzelheiten zu Inhalt und Ablauf der Mitgliederversammlung entnehmen Sie bitte der als **Anlage 1** beigefügten, freundlicherweise von Frau Dr. Schweitzer erstellten **Niederschrift über die Mitgliederversammlung**.

Auch das gemeinsame Mittagessen, die als Rahmenprogramm angebotenen Führungen durch die Konstantin-Ausstellung und der abendliche Ausklang im „Weinhaus“ fanden guten Anklang.

An dieser Stelle sei allen, die zum Gelingen der Mitgliederversammlung beigetragen haben, noch einmal herzlich gedankt.

Über den Vortrag von Prof. Dr. Papier im Rahmen unserer Mitgliederversammlung ist ein **Presseartikel** in der Ausgabe des „Trierischen Volksfreundes“ vom 3. November 2007 erschienen, der als **Anlage 2** beigefügt ist.

- II. Der Vorsitzende hat am 22./23. November 2007 an der **Mitgliederversammlung des BDVR und des Vereins Deutscher Verwaltungsgerichtstag e.V.** in Berlin teilgenommen. Dem Bericht des BDVR-Vorsitzenden Dr. Heydemann zufolge werden auch im kommenden Jahr die Themen „Rechtswegebereinigung/-neuordnung“, „Zukunft des Vorverfahrens“, „Untätigkeitsbeschwerde“, „Richterfortbildung“ sowie „Besoldung/Beihilfe“ im Mittelpunkt der Arbeit des BDVR stehen, Themen, die auch die VVR im Jahre 2008 sicher weiter beschäftigen werden. Bei einem Besuch im „Haus des Deutschen Richterbundes“ hat sich die BDVR-Mitgliederversammlung mit dem Modell des DRB zur „Selbstverwaltung der Justiz“ kritisch auseinandergesetzt und dazu einen Vortrag des DRB-Bundesvorsitzenden Frank gehört. Die Mitgliederversammlung beschloss, als „Alternativmodell“ eine Reform des bestehenden Systems der richterlichen Mitbestimmung anzustreben. Dazu soll zunächst eine Bestandsaufnahme der bestehenden Regelungen und der Praxis der richterlichen Mitbestimmung in den Ländern erstellt werden. Eventuell soll dann eine BDVR-Arbeitsgruppe zu diesem Thema gegründet werden.

Der nächste Verwaltungsrichtertag wird vom 5. bis 7. Mai 2010 in Freiburg stattfinden. Da am diesjährigen Verwaltungsrichtertag in Weimar – bei ansonsten erfreulich hoher Teilnehmerzahl – nur etwa 30 (Fach-)Anwälte teilgenommen haben, wird eine stärkere Öffnung der Verwaltungsrichtertage für andere Berufsgruppen erwogen. Dies könnte in einer Umbenennung in „Deutscher Verwaltungsgerichtstag“ und einer frühzeitigen Abstimmung z. B. mit Anwaltsverbänden über interessierende Themen für Arbeitskreise zum Ausdruck kommen.

Am 12. und 13. Juni 2008 wird der BDVR eine Fachtagung in München mit den Themen „Abschaffung des Widerspruchsverfahrens?“ und „Selbstverwaltung der Justiz“ anbieten, über die wir Sie noch gesondert näher informieren werden.

- III. Die **Arbeitsgruppe „Richterbesoldung und -versorgung“ des BDVR** hat ihre Arbeit größtenteils abgeschlossen. Inzwischen liegen Beiträge nahezu aller Landesverbände zu einer umfassenden Bestandsaufnahme der verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen und der tatsächlichen Entwicklung der Richterbesoldung und -versorgung vor, die der BDVR zu einer Dokumentation zusammenfassen und drucken lassen wird. Dazu wird auch ein von Frau VRinVG Seiler-Dürr verfasster Beitrag der VVR gehören. Diese Dokumentation wird eine wichtige Argumentationshilfe für unsere Verbandsarbeit auf diesem Gebiet, aber sicher auch eine Fundgrube für alle mit Besoldungs- und Versorgungsrecht befassten Kolleginnen und Kollegen sein.

Die Abschlussversammlung der BDVR-Arbeitsgruppe wird am 11. und 12. April 2008 in Rheinland-Pfalz (voraussichtlich in Koblenz) stattfinden und daher von der VVR organisiert werden.

- IV. Der Vorsitzende hat am 23. Oktober 2007 an der **Anhörung der Verbände im Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags zum Entwurf des Landesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2007/2008** teilgenommen. Hier bestand Gelegenheit, unsere Standpunkte zum Gesetzentwurf, die wir bereits in unserer Stellungnahme gegenüber dem Finanzminister vom 20. August 2007 dargelegt hatten, noch einmal zusammenfassend den Abgeordneten im Ausschuss darzustellen. Soweit ersichtlich, konnten wir lediglich einen kleinen Erfolg erringen: Die von uns dringend angemahnte Vorverlegung des Zeitpunkts des Inkrafttretens der Erhöhung des Kinderanteils im Familienzuschlag für Beamte und Richter mit drei und mehr Kindern auf den 1. Januar 2007 wurde uns zugesagt. Im Übrigen wird es – trotz aller Proteste – wohl bei dem Gesetzentwurf und der enttäuschenden so genannten „Besoldungsanpassung“ um 0,5 % für den höheren Dienst in den Jahren 2007 und 2008 bleiben. Wir werden uns daher darauf konzentrieren müssen, gemeinsam mit dem Landesverband des Deutschen Richterbundes für eine angemessene Besoldungserhöhung im nächsten Doppelhaushalt zu kämpfen, die dann – nach drei „Nullrunden“ und zwei „Beinahe-Nullrunden“ – unseres Erachtens deutlich über der Inflationsrate liegen muss!

Mir bleibt noch, mich im Namen des gesamten Vorstands bei Ihnen allen für Ihr Interesse an unserer Arbeit und für Ihre Unterstützung im zu Ende gehenden Jahr 2007 ganz herzlich zu bedanken. Bleiben Sie uns bitte auch im kommenden Jahr 2008 gewogen!

Mit den besten Wünschen für ein frohes, friedvolles Weihnachtsfest und ein gutes, erfolgreiches Jahr 2008

für den Vorstand

(Hartmut Müller-Rentschler)